

Frage 9: Welche gesetzlichen Regelungen wollen Sie dafür vorsehen, dass in Zukunft die häusliche Pflege bzw. Betreuung in der Familie, die in großem Ausmaß geleistet und gewünscht wird, legal finanzierbar ist?

SPÖ

Die Pflege und Betreuung älterer Menschen ist zu einem zentralen Thema der österreichischen Sozialpolitik geworden. Derzeit beziehen rund 400.000 Frauen und Männer, das sind immerhin rund 5 % der österreichischen Bevölkerung, ein Pflegegeld nach dem Bundes- oder einem Landespflegegeldgesetz. Und diese Zahl wird infolge der demographischen Entwicklung und der erfreulicherweise steigenden Lebenserwartung in den nächsten Jahren weiter zunehmen.

Rund 80 % der pflegebedürftigen Menschen werden zu Hause von ihren Angehörigen gepflegt, die damit große Belastungen auf sich nehmen und einen gesellschaftspolitisch äußerst wertvollen Beitrag leisten. Es ist daher eine Notwendigkeit, die pflegenden Angehörigen bei ihrer schwierigen Tätigkeit zu unterstützen und deren Position zu stärken.

Auch wenn sich das derzeitige Pflegevorsorgesystem bewährt und sich die Lage der pflegebedürftigen Menschen und ihrer Betreuungspersonen deutlich verbessert hat, ist es zweifellos erforderlich, dieses System weiterzuentwickeln und weitere Schritte zu setzen, um das hohe Niveau der österreichischen Pflegevorsorge auch in Hinkunft zu gewährleisten.

PflegegeldbezieherInnen sind enorm von der hohen Teuerung betroffen. Eine großzügige Erhöhung des Pflegegeldes ist daher das Gebot der Stunde, vor allem nachdem das Pflegegeld in den letzten Jahren gar nicht bis nur unzureichend erhöht wurde. Das Pflegegeld unterliegt bislang keiner regelmäßigen Valorisierung. Dies führte zu einer unzumutbaren Entwertung der entsprechenden Beträge bei gleich bleibendem oder sogar steigendem Pflegebedarf und ist daher durch eine gesetzliche Valorisierungsregel zu korrigieren.

Zur Sicherstellung der Finanzierung der Pflegekosten wird immer wieder die Einführung einer privaten Pflegeversicherung vorgeschlagen. Das wird von der SPÖ abgelehnt. Das Risiko eines eigenen Pflegebedarfes ist so hoch und die Auswirkungen sind so existenziell, dass die Einbeziehung der Pflegesicherung in eine öffentliche Finanzierung nicht aufgehoben werden kann sondern auszubauen ist. Das Pflegegeld selbst deckt die erforderlichen Aufwendungen nicht zur Gänze ab. In mehr als der Hälfte der Fälle werden zusätzliche Mittel der Sozialhilfe (der Länder und Gemeinden) benötigt. Für die weitere Entwicklung ist daher die Einrichtung eines Pflegefonds, in dem alle Finanzierungsströme zusammengefasst werden, unumgänglich. Die Finanzierung sollte gemeinsam mit der Gesundheitsfinanzierung sichergestellt werden.

ÖVP

Alle wesentlichen Punkte des ÖVP-Pflegepakets wurden am 12. August im Ministerrat beschlossen. Diese Verbesserungen sind das Ergebnis des konsequenten Einsatzes der ÖVP für Familien mit Pflege- und Betreuungsbedürftigen. Sie geben konkrete Antworten auf eines der drängendsten Probleme unserer Gesellschaft. Konkret heißt dies für die Pflege- und Betreuungsbedürftigen und ihre Familien:

1. Verdoppelung der Förderung bei der 24 Stunden Betreuung
2. Wegfall der Vermögensgrenze und damit keine Sparsbuchkontrolle mehr
3. Erhöhung des Pflegegeldes, besonders kräftig für jene, die den größten Pflegebedarf haben

Die Grünen

Wir Grüne sind für ein Gesamtkonzept für den Bereich Unterstützung, Betreuung und Pflege alter Menschen, das folgende Punkte beinhalten muss:

- Ein Grundrecht auf Pflege, Betreuung und persönliche Unterstützung
- Ein schneller und massiver Ausbau des Angebots im ambulanten, teilstationären (Tages-, Nachtbetreuung, Urlaubsbetreuung) und stationären Bereich
- Die Aufhebung der Deckelung bei den ambulanten Diensten (dzt. wird – je nach Bundesland– nur eine bestimmte Höchstzahl an Betreuungsstunden durch Heimhilfen von den Ländern gefördert, zB in Wien 3 mal täglich 1 Stunden Heimhilfe)

- Das Erschließen neuer Finanzierungsquellen (neben dem bestehenden Pflegegeld, das regelmäßig valorisiert werden sollte, sollte es zur Einrichtung eines Pflegefonds kommen, der aus vermögensbezogenen Steuern gespeist wird)
- Eine Qualitätssicherung und –kontrolle
- Die Schaffung der finanziellen Voraussetzungen für eine qualitativ gute Betreuung
- Case and Care Management unabhängig vom Anbieter von Dienstleistungen

Die Pflege und Betreuung alter Menschen kostet Geld und wird zukünftig noch mehr kosten. Wir stehen dazu, für eine qualitätsvolle Pflege und Betreuung mehr Geld auszugeben.

KPÖ

Vorrangig ist eine Erhöhung des Pflegegeldes um den rund 30prozentigen Wertverlust seit Einführung im Jahre 1993 auszugleichen sowie eine künftige jährliche Valorisierung. Weitere wichtige Anliegen sind eine Wertschöpfungsabgabe und Zuschüsse von Bund und Ländern die durch eine höhere Besteuerung von Kapital und Vermögen finanziert werden müssen.

Die Christen

Es ist für uns noch zu früh, Vorschläge für solche gesetzlichen Regelungen zu machen.